

„Mobil mit Bus und Bahn“

Am Sonntag, den 19. April trafen sich bei schönstem Frühlingwetter 15 Personen vom Ortsverband DIE LINKE Cölbe, Lahntal, Münchhausen, Wetter mit Mitgliedern der Fraktion und mehreren Ortsansässigen der Gemeinden Niederwetter, Göttingen und Goßfelden auf dem Parkplatz südlich von Lahntal - Göttingen zu einer Besichtigungstour entlang der B 252.

Sie wollten sich direkt vor Ort mit Hilfe des Referenten Hartmut Prinz von der Aktionsgemeinschaft Wetschaftstal e.V. über den Stand der geplanten Neutrassierung sowie über den dadurch auftretenden Schwierigkeiten informieren lassen.

Prinz war anzumerken, dass er sich seit 30 Jahren intensiv mit den im Nordkreis geplanten Varianten einer Umgehungsstraße auseinandergesetzt hatte, denn so lange ist dies ein brennendes Thema in den Kommunen von Lahntal, Münchhausen und der Stadt Wetter.

Das erste Problem trete zwischen Göttingen und Sarnau auf, da hier die B62 sowie die neue Straße an die alte Bundesstraße mit großflächigen Auf- und Abfahrten angebunden würde. Die notwendigen Aufschüttungen behinderten die Wirkung des Überschwemmungsgebietes, im Fachjargon als Retentionsraum benannt, weil durch die Dämme das Hochwasser nicht seine ursprünglichen Räume einnehmen könnte. Zudem gingen große Wiesenflächen von bester Qualität den Bauern verloren. So ist generell festzustellen, dass die neue Trassenführung im Westen viele Wiesen- und Ackerböden mit der Güteklassifizierung 1 vernichten würde.

Bei der Festlegung der Westtrasse müsste grundsätzlich festgestellt werden, dass die gewünschte Entlastung allenfalls den jetzigen Anwohnern nütze, aber kaum den Menschen die östlich der geplanten Westtrasse wohnen müssten. Durch die geplante Straßenführung, größten Teils auf einem viel höheren



Niveau als die alte, sowie durch die Steigungen und Gefälle entstünden erhöhte Lärmbelastigungen auf Grund von verstärkten Motor- und Bremsgeräusche, besonders durch LKWs, die weit schallen. Außerdem kann auf dieser Straße viel schneller gefahren werden, was ebenfalls eine erhöhte Lärmbelastigungen zu Folge hat. Darüber hinaus sind starke Emissionen zu erwarten, durch das höhere Niveau auf dem die Straße entlang geführt wird und da 80% der Winde Westwinde sind.

Davon konnten sich später die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinlänglich überzeugen.

Heidmarie Boulnois, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag zeigte sich erbost, dass trotz der erstaunlich vielen Einsprüche gegen die jetzt geplante Westtrassierung die verantwortlichen Bürgermeister und Vertreter der Kommunen parteilich nur die Interessen der Anwohner an der Bundesstraße vertreten würden. Schließlich seien ja, wie die hohe Zahl von 350 Einsprüchen zeige, viele Einwohner negativ von der neuen Bundesstraße betroffen.

Auch weitere problematische Stellen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst in Augenschein nehmen. Die Gebiete nordöstlich von Goßfelden, westlich von Wetter, zwischen Amönau und Wetter, zwischen Amönau und Niederasphe. sowie Querung des Treisbachtals.

Über viele Jahre hinweg richtete die Ortsgruppe NABU bei Goßfelden ein Biotop mit Obstbäumen und Gehölzen ein, dass durch die Straße wieder zerstört würde.

Für viele Wetteraner stellen die Ausläufer des Wollenbergs ein Naherholungsgebiet dar.

Leider haben die Planer westlich von Wetter dieses so nicht gesehen, weil Sie auf 2 Kilometer Länge nur maximal zwei Unterführungen vorgesehen haben.

An dieser Stelle, wie auch entlang der ganzen Trassenführung müssten Naherholungssuchende und Landwirte weite Wege in Kauf nehmen, um an ihre Ziele zu kommen, weil längs der geplanten Straße nur wenige Unterquerungen eingeplant wurden.

Darüber hinaus seien drei Landwirte gezwungen gegen die Umgehungsstraße zu klagen, weil sie durch den entstehenden Verlust ihres Wiesen- und Ackerlandes massiv in ihrer Existenz bedroht seien, wie Hartmut Prinz berichtete.

Zwischen Amönau und Wetter entstünde ein größeres System von Auf- und Abfahrten, sowie ein Kreisel, weil hier zwei Straßen an die Neutrassierung angebunden werden müsste.

Besondere Schwierigkeiten würden auftreten, weil die geplante Straße die bereits verlegte Erdgasleitung an dieser Stelle über 250 Meter überdecken würde. Baurechtlich muss eine Gasleitung leicht zugänglich sein und darf somit nicht überbaut werden.

Wie diese Lösung hier, wie auch an den anderen Stellen aussehen solle, sei Hartmut Prinz allerdings nicht klar.

Die Überquerung der Asphe zwischen Amönau und Niederasphe sei nach einhelliger Meinung von Fachbehörden und Naturschützern durch Ausgleichsflächen nicht auszugleichen.

Die Besichtigungstour endete kurz vor Ernsthausen, wo die neue Bundesstraße an die alte angebunden würde.

Unerklärlich sei es, obwohl es sich um eine Bundesstraße handle, die Neutrassierung nicht gemeinsam mit dem Landkreis Waldeg – Frankenberg in einem Stück geplant würde. Die jetzt als vorläufig geplante nördliche Anbindung an die bisherige Bundesstraße würde über Jahre hinweg die Menschen in Ernsthausen besonders belasten.

Inge Sturm, ebenfalls Mitglied der Fraktion, zeigte sich verwundert darüber, dass auf Grund der Interessenkonstellation nicht alle Betroffenen sich zusammengesetzt hätten, um gemeinsame Lösungswege zu finden.

Als Resümee bei dieser Besichtigungstour konnte festgehalten werden: Obwohl die Meinungen, welche Variante sinnvoll sei, bis zu der Frage ob überhaupt eine Umgehungsstraße nötig wäre, weit auseinander gingen, waren sich alle Teilnehmer in einem einig, die Entlastung der Anwohner längs der Bundesstraße sei unbedingt notwendig und müsste bald erfolgen.

Gero Vogel